

Kanton schliesst Lücken bei Härtefällen

Im Bündner Grossen Rat wurde in der Februarsession am Mittwoch noch einmal ein Covid-Block eingeschoben. Dabei standen die Aufarbeitung der Pandemie und das weitere Vorgehen im Zentrum.

Patrick Kuoni, 17.02.22 - 04:30 Uhr

Am Mittwoch befasste sich das Bündner Parlament mit Corona. Thema waren aber weniger die Lockerungen, da die Debatte am Morgen geführt wurde. Die Bündner Regierung gab aber noch einmal Infos aus ihren Departementen weiter. Ausführlich äusserte sich insbesondere Volkswirtschaftsdirektor Marcus Caduff. Etwa zu den Härtefallhilfen des Bundes. Bei diesen macht er Lücken aus. Und zwar beim Härtefallprogramm 1, welches der Bund im Dezember rückwirkend für das zweite Halbjahr 2021 wieder in Kraft gesetzt hatte – die Bündner Regierung zog nach Rücksprache mit den Wirtschaftsverbänden nach. Gesuche können für das vierte Quartal 2021 eingereicht werden.

Grenze zu tief

Diese Hilfen sollen besonders von der Pandemie betroffenen Unternehmen Unterstützung bieten. Doch hier liegt laut Caduff der Hund begraben. Denn der Bund sieht in diesem Programm eine Beitragslimite von maximal 20 Prozent des Vorcorona-Umsatzes vor. «Viele stark betroffene Unternehmen haben im Rahmen der Beiträge, die für Umsatzverluste seit Beginn der Pandemie bis Juni 2021 ausgerichtet wurden, diese Limite bereits ausgeschöpft oder stehen kurz davor», so der Volkswirtschaftsdirektor. «Unternehmen, die bereits bis Juni stark betroffen waren, werden aber wahrscheinlich oft auch im vierten Quartal stärker betroffen sein.»

Weil vor allem diesen Unternehmen geholfen werden sollte, habe die Regierung beschlossen, dass der Kanton die Beiträge voll übernimmt. Die Bundeslimite soll für die betroffenen Unternehmen um maximal fünf Prozent angehoben werden. Also würde die Grenze bei Unternehmen, welche die 20 Prozent erreicht haben, neu 25 Prozent betragen. Caduff rechnet mit Kosten von fünf bis sechs Millionen Franken für den Kanton.

Das Härtefallprogramm 2, welches für das erste Halbjahr 2022 gelten soll, wird dann gemäss Caduff Thema der Aprilsession sein und somit den ordentlichen Gesetzgebungsprozess durchlaufen. Dies, weil aus Sicht der Bündner Regierung keine Notlage mehr herrscht.

Homeoffice als Problem

Im Parlament wurden diese Pläne der Regierung begrüsst. So sagte Gastro-Graubünden-Präsident Franz Sepp Caluori, dass gerade Betriebe in Chur, der Bündner Herrschaft oder ausserhalb der touristischen Feriendestinationen stark unter Corona gelitten hätten. Gleiches gelte auch für die Nachtgastronomie. «Deshalb bin ich froh, dass die Bündner Regierung dies erkannt hat.» Und er appelliert an den Kanton: «Holt eure Mitarbeitenden zurück in die Büros, unter der Homeoffice-Pflicht hat die Gastronomie gelitten.»

Mitte-Grossrat Guido Casty (Trins) sprach noch ein anderes Problem an. «Durch die Pandemie hat sich das Personalproblem in der Gastronomie verschärft. Viele ausländische Kräfte haben sich verabschiedet und nicht alle werden wieder zurückkehren.» Aus diesem Grund hätten auch Restaurants, die eigentlich aus wirtschaftlicher Sicht öffnen hätten können, geschlossen bleiben müssen. Es fehle wegen der Pandemie auch an bezahlbaren Unterkünften für die Gastarbeiter, da aus Unterkünften für diese wegen der hohen Nachfrage Ferienwohnungen geworden seien.

Maskenfrage an Schulen

Diskutiert wurde im Rahmen der Ratsdebatte rückblickend noch einmal die Maskenpflicht an Schulen. Der Churer SP-Bildungsdirektor Patrik Degiacomi erklärte, wieso er diese Massnahme für sinnvoll hielt: «80 Prozent der Ansteckungen hatten wir auf den Schulstufen, wo keine Maskenpflicht galt. Die Masken waren also eine wichtige Massnahme, um den Schulbetrieb aufrechtzuerhalten.» Dass dies trotzdem nicht immer ganz einfach war, untermauerte er mit einer Zahl. «Die Stadtschule umfasst 370 Lehrpersonen, alleine im Januar mussten wir 200 Stellvertretungen suchen, wenn auch natürlich nicht alle wegen Covid.»

Eine andere Haltung nahm SVP-Präsident Thomas Gort ein. «Da es bei Kindern praktisch keine schweren Coronaverläufe gibt, wären Kinder viel schneller durchseucht gewesen ohne Maske, sodass der Schulbetrieb dann ohne grössere Einschränkungen weitergeführt hätte werden können.» Man habe in der Pandemie häufig jenen Personengruppen Massnahmen aufgebürdet, die nicht durch das Virus gefährdet seien.

<https://www.suedostschweiz.ch/politik/kanton-schliesst-luecken-bei-haertefaellen>